

# Kinder statt Lernmaschinen

5000 Eltern, Schüler und Lehrer demonstrieren für eine neue Bildungspolitik

**Turbo-Abi, Stundenausfall, Beschämung durch frühe Auslese: Erstmals haben Eltern bei einer landesweiten Demonstration in Stuttgart ihrem Ärger über die Zustände an den Schulen Luft gemacht.**

PATRICK GUYTON

„33 Schüler in der 5. Klasse Gymnasium – das geht einfach nicht“, sagt Christoph Hormann. „Wenn da ein Schüler nicht mitkommt, kann ihm der Lehrer nicht mehr helfen.“ In der Klasse von Hormanns zwölfjähriger Tochter Charlotte in Rastatt sind aber 33 Kinder. Auch deshalb ist die Familie an diesem Samstag nach Stuttgart gekommen, um gegen die Zustände an den Schulen zu demonstrieren. „Es sollen doch nicht Lernmaschinen, sondern Menschen erzogen werden“, sagt der Vater.

Die Hormanns – eine von tausenden Familien, die sich auf den Weg gemacht haben zu dieser ersten landesweiten Demo, die von Eltern organisiert wurde. Trillerpfeifen, Tröten und Megaphon-Parolen. Schon auf dem Marsch vom Sammelplatz nahe der Liederhalle zum Schlossplatz ist es laut. „Kultusminister, hör uns zu, denn wir geben keine Ruh“, ruft die Menge.

Es ist ein geballter Aufschrei gegen zu große Klassen, Unterrichtsausfall, das G-8-Abitur und die frühe Trennung der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem. Organisiert wird die Kundgebung von der Freiburger Elterninitiative „Schule mit Zukunft“. Erst im August 2007 hat sie sich gegründet, mittlerweile ist sie im ganzen Land verbreitet. In 70 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg gibt es regionale Ableger. Und auch in anderen Bundesländern macht die Initiative Schule: In Hessen demonstrieren Eltern, weiß die Mitbegründerin Sylvia Kugler, in Nürnberg ist für den kommenden Samstag eine Kundgebung geplant.

Es sind viele, viele Kritikpunkte an der Schule, die nun die laut Veranstalterangaben rund 5000 Demo-Teilnehmer auf den Schlossplatz gegenüber des silbergrauen Kunstmuseum-Würfels gebracht haben. „G 8 – nein danke“, steht auf einem Plakat, auf einem anderen heißt es: „Kinder brauchen Erfolge“. Vertreter des Enzthal-Gymnasiums aus Bad Wildbad fordern „maximal 15 Schüler pro Klasse“, eine andere Schule ist bescheidener: „Wir wollen eine Musik-AG.“ Die zehnjährige Grundschülerin Maite stellt sich auf den aufgeklappten Lkw, der als Bühne



Protest auf dem Stuttgarter Schlossplatz: Schüler sollen besser gefördert werden.

Foto: dpa

dient, und sagt: „Alle Kinder müssen von ihren Lehrern genug Aufmerksamkeit bekommen.“ Ein Hauptschüler wünscht sich: „Jeder Schüler soll nach seiner Begabung gefördert werden.“ Und ein Nachwuchskabarettist merkt an: „Wir müssen ja zur Schule gehen, da bleibt für Bildung keine Zeit.“

Landauf, landab sind die Ärgernisse, die Nöte dieselben, und landauf, landab steigt die Wut – das wird an diesem Stuttgarter Nieselregentag klar. „Die Landesregierung will das alles aussitzen, bis weniger Schüler da sind“, vermutet ein 60-jähriger Realschullehrer aus Reutlingen. Er ist in der Lehrergewerkschaft GEW organisiert, die die Demonstration ebenso unterstützt wie der „Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte“.

Schon viele Mini-Reformen hat der Realschullehrer im Land kommen und gehen sehen. Bitter meint er: „Letztlich tut sich nichts.“ Er fordert „gemeinsames Lernen“ und stellt sich „gegen die gesellschaftliche Selektion“. Ändert sich aber das Schulsystem nicht, so fürchtet er,

„dann driftet ein großer Teil der Kinder weg“.

Die offizielle Elternvertretung hingegen, der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, ging im Vorfeld auf Tauchstation und äußerte sich nicht zu der Kundgebung. Mehr und mehr wird dem Gremium und seiner Vorsitzenden Christiane Staab, die für die CDU im Karlsruhe

## „Landesregierung will das alles aussitzen“

her Stadtrat sitzt, eine zu große Nähe zum Kultusministerium vorgeworfen.

Dass die GEW sowie verschiedene SPD- und Grünen-Landtagsabgeordnete auf der Kundgebung vertreten sind, dürfte den CDU-Kultusminister Helmut Rau nicht wundern. Dass aber zunehmend auch die Wirtschaft das Schulsystem anprangert, ist neu. So spricht sich der baden-württembergische Handwerksrat für längeres gemeinsames Ler-

nen und die individuelle Förderung der Kinder aus. Auch unterstützt der Handwerkstag die oberschulischen Hauptschul-Rebellen – Rektoren, die in einem Brief an Rau das Schulsystem harsch kritisiert haben.

Auf ebensolche Weise wird der Minister auch an diesem Tag in Stuttgart immer wieder angegangen. Rainer Dahlem, GEW-Landesvorsitzender kurz vor dem Ruhestand, fragt: „Warum werden aus wissbegierigen Kindern gelegentlich lernunwillige Monster?“ Doris Barzen vom Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte sagt: „Wir wollen nicht, dass Kinder durch das frühe Selektieren beschämt und gedemütigt werden.“ Sie wünscht sich eine zehnjährige Basisschule für alle.

Tim Glawion schließlich, Gymnasiast und Vorsitzender des Schülerrats Freiburg, stellt fest: „Das dreigliedrige Schulsystem kommt einer Trennung in soziale Schichten gleich.“ Mit der Hand weist er zum Neuen Schloss, in dem der Kultusminister residiert, und sagt: „Vielen Dank für – nichts.“

# Zur falschen Zeit am falschen Platz

Deutscher wegen Terrorverdachts in US-Haft

**Seit über drei Monaten sitzt ein afghanisch-stämmiger Deutscher in US-Haft – und zwar in der Militärbasis Bagram in Afghanistan. Er ist aber offenbar kein Terrorist, sondern hat vielmehr psychische Probleme.**

CHRISTIAN ANDRESEN, dpa

Das Schicksal des Mannes erinnert an den „Fall Kurnaz“, der die deutsche Politik über Jahre in Atem gehalten und sogar Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Bedrängnis gebracht hat. Erneut halten US-Militärs einen Mann aus Deutschland unter Terrorverdacht gefangen – obwohl vieles dafür spricht, dass er unschuldig ist.

Seit Jahresbeginn, also schon seit mehr als drei Monaten, sitzt der afghanisch-stämmige Bundesbürger im US-Stützpunkt Bagram bei Kabul in Haft. Die Bundesregierung ist alarmiert und bemüht sich, einen ähnlichen Gang der Dinge wie bei dem Bremer Türken Murat Kurnaz zu vermeiden.

Dieser war nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in Pakistan festgenommen worden und hatte viereinhalb Jahre in US-Lagern in Afghanistan und Guantánamo gelitten. Der damaligen rot-grünen Bundesregierung wurde später in zwei Untersuchungsausschüssen vorgeworfen, seine Freilassung wegen Sicherheitsbedenken boykottiert zu haben.

In den neuen Fall hat sich die deutsche Botschaft in Kabul umgehend eingeschaltet. Man bemüht sich intensiv um die Freilassung des Mannes, teilte das Auswärtige Amt in Berlin mit. Nach längerem Zögern der Amerikaner haben Botschafter Hans-Ulrich Seidt und ein

Vertreter des Bundesnachrichtendienstes (BND) den Mann vor kurzem auch besuchen können.

Was war geschehen? Der 41-jährige Wuppertaler hatte zu Jahresbeginn seine afghanische Familie in Kabul besucht und – laut „Spiegel“ am 4. Januar – in einem Supermarkt des US-Stützpunkts Bagram einkaufen wollen. Mit seinem deutschen Pass erhielt er auf der hoch gesicherten Militärbasis problemlos Einlass.

Im Supermarkt soll er sich dann aber auffällig verhalten haben. Er wurde festgenommen, durchsucht und verhört. Die US-Soldaten fanden bei ihm Bargeld verschiedener Währungen und Telefonkarten aus mehreren Ländern und werteten dies als Indiz für mögliche Terrorverbindungen – zumal er sich in den Vernehmungen in Widersprüche verwickelte.

Verfassungsschutz und BND haben den Mann inzwischen überprüft. In Sicherheitskreisen hieß es, es gebe keine Hinweise auf Kontakte zu Terrorgruppen. Er sei einfach „zur falschen Zeit am falschen Platz“ gewesen. Laut „Spiegel“ fand der Verfassungsschutz heraus, dass der 41-Jährige in Deutschland wegen psychischer Probleme in Frührente geschickt worden war. Auch beim Besuch des Botschafters Seidt in der Haft soll er einen verwirrten Eindruck gemacht haben. Möglicherweise sei dies auch eine Erklärung für sein seltsames Verhalten im Supermarkt.

Steinmeier hat sich inzwischen persönlich des Falls angenommen und seine US-Kollegin Condoleezza Rice darauf angesprochen. Angeblich verlangen die USA eine umfassende Sicherheitsgarantie. Dies würde aber eine pausenlose Überwachung des Mannes erfordern – was eine praktisch nicht erfüllbare Bedingung ist.



Trotz Gitarrenspiels ist der US-Stützpunkt Bagram in Afghanistan, wo derzeit ein Deutscher einsitzt, alles andere als ein Idyll. Foto: AP

# Schön ist es, Pensionär zu sein

Der Bund der Steuerzahler errechnet, welche Vorteile Beamte im Ruhestand gegenüber Rentnern genießen

**Die pensionierten Beamten können sich freuen: Ihre Bezüge erhöhen sich in diesem Jahr deutlich stärker als die der Rentner. Einschnitte hingegen werden meist wesentlich langsamer oder gar nicht vorgenommen.**

DIETER KELLER

Nicht nur die Beamten, sondern auch die Pensionäre des Bundes können sich freuen: Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen soll auch ihnen voll zugutekommen. 50 Euro plus 3,1 Prozent winken in diesem, weitere 2,8 Prozent im nächsten Jahr. Das hat nicht nur Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) versprochen, sondern auch SPD-Fraktionschef Peter Struck.

Ungewiss ist nur noch, ob dies auch für die Beamten rückwirkend ab dem 1. Januar 2008 gilt oder erst einige Monate später. Das muss per Gesetz geregelt werden, und dieses wird erst vorbereitet. Nachzahlungen sind kein Problem – auch nicht für die Ruhestandsbeamten.

Dass auch sie in den vollen Genuss kommen sollen, rechtfertigte Struck mit den niedrigen Einkommen im einfachen und mittleren Dienst. Außerdem müssten die Pensionen voll versteuert werden, und der Riesterabschlag werde bei ihnen nicht wie bei den Rentnern zwei Jahre ausgesetzt. „Die Versor-

gungsempfänger haben genauso ein Anrecht, am Aufschwung teilzuhaben wie die Rentner.“

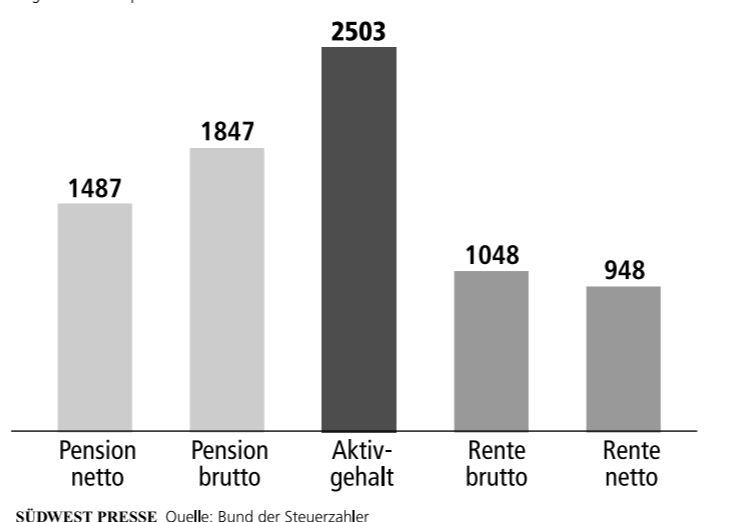
Die Rentner, die auch oft nur bescheidene Beträge beziehen, reiben sich verwundert die Augen: Obwohl die große Koalition in die Rentenformel eingreift, bekommen sie am 1. Juli ganze 1,1 Prozent Zuschlag. Effektiv bleiben sogar nur 0,85 Prozent übrig, weil zum gleichen Zeitpunkt der Beitragssatz der Pflegeversicherung steigt, was sie voll tragen müssen. Das gilt im Prinzip zwar auch für die Pensionäre. Dennoch dürfte bei denen netto deutlich etwas übrig bleiben, während bei den Rentnern die Inflation die Erhöhung mehr als auffrisst.

Renten und Beamtenspenden – kaum ein anderes Thema sorgt für so erbitterten Streit unter den Betroffenen. Jede Seite hat das Gefühl, zu schlecht wegzukommen. Ein Grund dafür ist, dass die Systeme schwer zu vergleichen sind. Arbeiter und Angestellte müssen Beiträge zahlen. Maßstab für ihre Rente ist das Entgelt während ihres ganzen Arbeitslebens. Bei den Beamten richtet sich die Pension dagegen nach ihrem letzten Verdienst, und sie leisten – mit geringen Ausnahmen – keinen eigenen Beitrag. Dafür müssen sie ihre Altersbezüge stärker versteuern. In den nächsten Jahren steigt aber schrittweise auch die Steuerbelastung der Rentner.

Die Unterschiede macht ein Beispiel plastisch, das der Bund der Steuerzahler ausgerechnet hat. Es

## Pensionäre und Rentner im Vergleich

Ausgangspunkt ist ein gleiches Aktivgehalt von ca. 2500 Euro, wobei sich unterschiedlich hohe Versorgungsbezüge ergeben. Angaben in Euro pro Monat



steht in einem bisher unveröffentlichten Gutachten, das der SÜDWEST PRESSE vorliegt. Ausgangspunkt ist das gleiche Monatsgehalt von 2500 Euro während des Berufslebens. Nach 40 Dienstjahren erhält ein Rentner brutto 1048 Euro, ein Beamter im Ruhestand 1847 Euro. Netto bleiben 948 beziehungsweise 1487 Euro. Berücksichtigt ist dabei nicht nur die Steuer, sondern auch die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Der Pensionär hat also fast 540 Euro mehr zum Ausgeben – und er

bekam nicht während des Erwerbslebens rund zehn Prozent seines Bruttoverdienstes für die Rentenversicherung abgezogen. Zudem wurden die Pensionen laut dem Gutachten des Steuerzahlerbunds seit 1997 um insgesamt 12 Prozent erhöht, die Renten nur um 8 Prozent – trotz drei Nullrunden 2005 bis 2007.

Der Staat muss seinen Beamten, so ist im Beamtenecht festgelegt, auch im Alter einen angemessenen Lebensstandard garantieren. Ob das in diesem Jahr allerdings einen so hohen Zuschlag rechtfertigt, da-

rüber lässt sich streiten. Die deutliche Erhöhung winkt nur den Pensionären des Bundes. Seit der ersten Stufe der Föderalismusreform, die am 1. September 2006 in Kraft trat, sind die einzelnen Bundesländer für ihre eigenen Beamten und die der Kommunen zuständig.

Seither gab es recht unterschiedliche Änderungen und auch Einschnitte. So hat Baden-Württemberg die jährliche Sonderzahlung – sprich das Weihnachtsgeld – für seine Pensionäre von 85 auf 30 Prozent gesenkt und in die Monatsbezüge eingerechnet. In diesem Jahr steigen die Beamteneingelnde und damit auch die Pensionen im Land um 2,9 Prozent. Man profitiert von der Tarifierhöhung, die für die Arbeiter und Angestellten der meisten Bundesländer ausgehandelt wurde. Die erste Hälfte wird bereits seit Jahresanfang gezahlt; die zweite folgt je nach Besoldungsgruppe im August oder November.

Nur mit einer ganzen Reihe von Einschnitten war es in den vergangenen Jahren zu schaffen, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern. Diese sollten „wirkungsgleich“ auch auf die Ruhestandsbeamten übertragen werden, versprachen Regierung und Sozialpolitiker regelmäßig im gleichen Atemzug. Doch ist fraglich, ob dies tatsächlich geschehen ist.

So sinkt nicht nur das Renteniveau, sondern auch das maximale Versorgungsniveau der Ruhestandsbeamten stufenweise von 75 auf

71,75 Prozent der letzten Bezüge. Beamte, die 2007 in Ruhestand gingen, kommen noch auf 73,8 Prozent. Andere Einschnitte wie der Nachhaltigkeitsfaktor, mit dem die steigende Zahl der Senioren berücksichtigt werden soll, sind noch gar nicht umgesetzt.

Besonders bemerkenswert sind die Ausbildungszeiten: In der Rentenversicherung wurde die Regelung ganz gestrichen, dass für das Hochschulstudium drei Jahre gutgeschrieben werden. Bei den Beamten des Bundes will dies Schäuble nur um gut ein halbes Jahr kürzen. Sie bekommen weiter 855 Tage angerechnet. Begründung: Die Rentner verlieren maximal knapp 60 Euro. Mehr sei auch den Beamten nicht zuzumuten. In der Besoldungsgruppe A15 bedeutet das beispielsweise auch künftig einen Zuschlag von 209 Euro, hat der Steuerzahlerbund ausgerechnet. Ein solches Geschenk bekommen auch Beamte ohne Studium nicht.

Die Länder haben sich mit dem Umsetzen der Rentenreformen noch mehr Zeit gelassen; seit sie selbst verantwortlich sind, ist wenig geschehen. So gibt es in Baden-Württemberg bisher weder eine Kürzung für den Nachhaltigkeitsfaktor noch für die Ausbildungszeiten. Dabei müssten gerade die Länder bei den Pensionen auf die Bremse treten. Denn ihre Belastung steigt in den nächsten Jahren ganz erheblich, und in Baden-Württemberg sieht es besonders düster aus.